©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HEINRICH STUEBEL

DIE ENTWICKLUNG DES NATIONALSOZIALISMUS IN SÜDWESTAFRIKA

Vorbemerkung des Verfassers: Die folgende Arbeit stützt sich in erster Linie auf amtliches Material[1]. Ergänzt durch Mitteilungen Deutscher, die in der Hitlerzeit im Mandatsgebiet wohnten, soll sie ein objektives Bild der Entwicklung des Nationalsozialismus in einer größeren deutschen Volksgruppe im Auslande bringen. Aus naheliegenden Gründen werden Namen von Personen nicht genannt.

*

Die Stellung der Deutschen in SWA unterschied sich wesentlich von der Lage der Deutschen in selbständigen Staaten. Zum Verständnis der Verhältnisse ist daher ein Rückblick auf die Entwicklung des Deutschtums im Mandatsgebiet SWA erforderlich.

Auf Grund von Artikel 119 des Versailler Vertrages hatte das Deutsche Reich auf seine Kolonien zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte verzichtet, die sie als Mandatsgebiete dem Völkerbund unterstellten. Die Verwaltung von SWA wurde der Südafrikanischen Union übertragen. An ihrer Spitze stand ein Administrator, dem ein beratender Ausschuß von sechs ernannten Mitgliedern zur Seite stand. Durch Verfassungsgesetz von 1925 (SWA Constitution Act) erhielt das Mandatsgebiet Selbstverwaltung. Sie sah die Einrichtung einer Gesetzgebenden Körperschaft, eines Exekutiv- und eines Beirates vor. Die Gesetzgebende Körperschaft sollte aus 18 Mitgliedern bestehen, von denen 12 von der weißen Bevölkerung gewählt, sechs vom Administrator ernannt wurden.

Von den rd. 15000 Deutschen, die bei Ausbruch des 1. Weltkrieges in SWA ansässig waren, blieben rd. 10000 nach dem Kriege in SWA wohnen, da die Union von ihrem Rechte, die Deutschen gemäß Artikel 122 des Versailler Vertrages zu „repatriieren", im allgemeinen nur bei Regierungsbeamten und Militärpersonen Gebrauch machte. Um die Deutschen, die 1922 55 Prozent der weißen Bevölkerung ausmachten, an der Verwaltung des Landes zu beteiligen, mußten sie eingebürgert werden. Im Herbst 1923 kam es in London zwischen dem Ministerpräsidenten der Union, General Smuts, und zwei deutschen Regierungsvertretern in dieser Frage zu einem Abkommen, durch das die Deutschen in SWA die britische und dadurch auch die südafrikanische Staatsangehörigkeit automatisch erhalten sollten, soweit sie keinen Einspruch erhöben. Die Reichsangehörigkeit sollte ihnen verbleiben, ein Umstand, der in der Hitlerzeit zu schweren Differenzen zwischen Deutschen und Regierung führen sollte. Im Jahre 1923 schien die doppelte Staatsangehörigkeit un-

[1] Report of South West Africa Commission. Printed in the Union of South Africa by the Government Printer, Pretoria, 1936. U. G. No. 26, 1936.

Report Presented by the Government of the Union of South Africa to the Council of the League of Nations Concerning the Administration of South West Africa for the Year 1939. Printed in the Union of SA by the Government Printer, Pretoria, 1940. U. G. No. 30, 1940.

Jahrgang 1 (1953), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bedenklich zu sein. Sie war zudem ein Mittel, um den Deutschen die Annahme der britischen Staatsangehörigkeit schmackhafter zu machen. Tatsächlich schloß sich nur ein kleiner Teil der Deutschen von der Einbürgerung aus, als auf Grund der Londoner Vereinbarung die Union das Naturalisierungsgesetz von 1924 (SWA Naturalisation of Aliens Act) erließ. Es setzte als Stichtag den 1. 1. 1924 fest. Alle Deutschen, die nach diesem Tage einwanderten, mußten, wenn sie Bürgerrechte erwerben wollten, einen Antrag auf Naturalisierung stellen, bei dessen Genehmigung sie die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

Die ersten Wahlen, bei denen die Deutschen von ihrem Bürgerrecht Gebrauch machten, fanden 1926 statt. Sie ergaben eine deutsche Mehrheit. Von den zwölf zu wählenden Mitgliedern des Parlaments waren sieben Deutsche.

Infolge der Politisierung der Verwaltung verschlechterte sich das bisher harmonische Verhältnis zwischen der deutschen und den anderen Volksgruppen. Die Deutschen fühlten sich mehrfach benachteiligt. Obwohl sie die Mehrheit im Lande hatten, waren Afrikaans und Englisch die Landessprachen, aber nicht Deutsch. Das Naturalisationsgesetz von 1924 wurde als Bruch des Londoner Abkommens angesehen. Es setzte nämlich die Wartefrist auf fünf Jahre fest, während das Naturalisationsgesetz von 1910, das zur Zeit des Londoner Abkommens in Kraft war, nur eine Wartefrist von zwei Jahren bedingte. Die deutschen Einwanderer fühlten sich dadurch um so mehr zurückgesetzt, als die Einwanderer aus der Union bereits bei ihrer Ankunft in SWA das aktive und passive Wahlrecht besaßen. Dabei waren die südafrikanischen Neusiedler meist unbemittelt und weder charakterlich noch beruflich den schwierigen Anforderungen des Landes gewachsen. Sie bedurften zum Bau von Wohnhäusern, zum Ankauf von Vieh und zur Anlage von Bohrlöchern namhafter staatlicher Zuschüsse und wurden daher nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den anderen Volksgruppen als schwere finanzielle Belastung empfunden. Infolge der steigenden Einwanderung aus der Union verloren die Deutschen die bisherige Mehrheit im Parlament. Bei den Wahlen von 1929 gewannen die Südafrikaner acht von den 12 Parlamentssitzen. Die Zweidrittelmehrheit bekamen sie aber nicht, weil der Administrator die Sitze der sechs zu ernennenden Mitglieder gleichmäßig auf Deutsche und Südafrikaner verteilte.

Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, die in SWA durch zwei völlige Dürrejahre wesentlich verschärft wurde, kam eine versöhnlichere Stimmung auf. Im Januar 1932 kam in Kapstadt zwischen der deutschen und der südafrikanischen Volksgruppe eine Vereinbarung zustande, in der den Deutschen Deutsch als dritte Landessprache und die Erleichterung der Naturalisierung zugestanden wurden. Dafür wollten sich die Deutschen für eine Erweiterung der politischen Rechte des Parlaments einsetzen, die bisher die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erhalten hatte. Ministerpräsident Hertzog begrüßte bei einem Empfang der Delegierten beider Volksgruppen ihre Zusammenarbeit und versprach, die Wünsche nach Erweiterung der politischen Rechte im allgemeinen und der Deutschen im besonderen zu begünstigen.

Der Frieden dauerte aber nicht lange, da von deutscher Seite nichts geschah, um die

Jahrgang 1 (1953), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wühlarbeit gewisser Elemente gegen die Landesregierung zu unterbinden, und von südafrikanischer Seite die Eingliederung des Mandatsgebiets als fünfte Provinz in die Union propagiert wurde. Das Kapstädter Abkommen wurde daher nicht durchgeführt.

Als der Nationalsozialismus in Deutschland zum Siege kam, fand er in SWA für seine Anschauungen und Ziele einen fruchtbaren Boden vor. Obgleich die Regierung die heimatlichen Gefühle der deutschen Bevölkerung schonte[2], Deutsch auch im amtlichen Verkehr zugelassen war und die deutschen Privatschulen bis 1935 staatliche Zuschüsse erhielten, fühlten sich die Deutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt und von einer Volksgruppe majorisiert, der sie sich kulturell und wirtschaftlich überlegen glaubten. Traditionell wurzelten sie im Kaiserreich, an dessen Farben sie unentwegt festhielten. Viele von ihnen hatten die Kämpfe gegen die Hereros und Hottentotten 1903—1907 mitgemacht, in denen 5000 deutsche Soldaten und Farmer gefallen oder ermordet worden waren. Nach der Befriedung des Landes hatten sie den großen wirtschaftlichen Aufbau erlebt. Der Vertrag von Versailles hatte zwar das Band mit der alten Heimat durchschnitten, aber das Mandatssystem wurde nur als eine Zeiterscheinung angesehen, die verschwinden würde, wenn die politische Stellung Deutschlands in Europa sich änderte. Keinesfalls wünschte man eine Eingliederung in die Union. In den Herzen der Deutschen blieb vielmehr der Gedanke an eine Rückkehr SWA's ins Reich lebendig. Der Regierungsantritt Hitlers schien die Erfüllung langgehegter Wünsche und Hoffnungen zu versprechen. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen ging daher nach 1933 mit fliegenden Fahnen zum Nationalsozialismus über.

Eine NSDAP hatte in SWA bereits vor 1933 bestanden. Sie trat indessen kaum in Erscheinung. Das Bild änderte sich jedoch, als Mitte 1933 ein Abgesandter der Partei eintraf, der mit Vollmachten und Geldmitteln der Partei zur Nazifizierung aller deutschen Einrichtungen in SWA versehen war. „Er begann diktatorische Methoden einzuführen. Alle sozialen, kulturellen und politischen Einrichtungen, die hauptsächlich von naturalisierten Deutschen getragen waren, wurden in den nationalsozialistischen Machtbereich hineingezwungen. Die Schulen wurden die Pflanzstätten nationalsozialistischer Rekruten. Provozierende Umzüge mit Hakenkreuzfahnen und Absingen nationalsozialistischer Lieder wurden veranstaltet. Die Unionsflagge wurde vom Regierungsgebäude in Windhoek niedergeholt und an ihrer Stelle die deutsche Flagge gehißt. Propagandaschriften wurden verteilt, die die Rückkehr SWA's zu Deutschland forderten"[3].

Im Dezember 1933 ersuchte der deutsche Konsul in Windhoek den Direktor für das Erziehungswesen, den Geschichtsunterricht in den deutschen Regierungsschulen nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten auszurichten. Als dieses Ersuchen abgelehnt wurde, teilte die Auslandsabteilung der NSDAP in Hamburg allen Kreis- und Ortsgruppenführern im Auslande mit, daß „es die Aufgabe der Heimat sein würde, daß in Zukunft nur solche Lehrer die Jugend im Auslande

[2] In Windhoek hängen heute (1951) noch die alten Straßenschilder aus der Kaiserzeit. Es gibt eine Kaiser-, Bismarck-, Bülowstraße.

[3] Übersetzung aus Report of SWA Commission a. a. O. § 264.

Jahrgang 1 (1953), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unterrichten dürften, die fest im nationalsozialistischen Geiste verwurzelt seien". Der Leiter der Oberrealschule in Windhoek, der es ablehnte, seine Schüler auf unbedingten Gehorsam gegen die Führer der Hitlerjugend zu verpflichten, weil er dies als schädlich für die elterliche Autorität ansah, kehrte auf Veranlassung des Landesgruppenleiters von seinem Urlaub nicht wieder auf seinen Posten zurück.

Für die Organisation der Hitlerjugend wurde Mitte 1934 ein Jugendführer der Partei nach SWA entsandt. Die bisherige Pfadfinderjugend wurde nach den Grundsätzen der Hitlerjugend und des Bundes deutscher Mädel reorganisiert, die Uniformen der Pfadfinderjugend aber in Reserve gehalten, um im Falle eines Verbots der Hitlerjugend eine Rückverwandlung leichter durchführen zu können.

Anfang 1934 verlangte die Parteileitung in Hamburg, daß alle Amtsträger auch im Auslande auf Adolf Hitler zu vereidigen wären. Ende Mai konnte der Landesgruppenleiter melden, daß die Stabswalter und Hoheitsträger in der angeordneten Weise feierlich vereidigt, die Naturalisierten und die Jugend verpflichtet worden seien.

Über alle Deutschen, die sich dem nationalsozialistischen Druck nicht beugten, berichtete die Partei nach Deutschland. Sie mußten befürchten, daß Repressalien gegen ihre in Deutschland wohnenden Verwandten ergriffen würden. Außerdem stand ihnen, soweit sie Reichsdeutsche waren, Ausbürgerung auf Grund des Gesetzes vom 14. VII. 1933 bevor, was den Verlust ihres Eigentums in Deutschland bedeutete.

Bereits in den zwanziger Jahren hatten sich die Deutschen SWA's zum „Deutschen Bund" zusammengeschlossen, dem die politische, soziale und kulturelle Vertretung des Deutschtums der Landesregierung gegenüber oblag. Es konnte nicht ausbleiben, daß zwischen dieser Organisation und den Parteistellen Differenzen eintraten. Im November 1933 begaben sich daher der deutsche Generalkonsul in Pretoria und ein Abgesandter der Partei aus der Heimat nach Windhoek, um Personal- und Zuständigkeitsfragen zu regeln. Der bisherige Vorsitzende des Deutschen Bundes wurde zum Rücktritt veranlaßt und an seine Stelle ein Mann ernannt, dessen Gesinnungstüchtigkeit außer Frage stand. Der Deutsche Bund sollte in Zukunft eine völkische Vereinigung sein, die alle Reichsbürger, ob Mann oder Frau, Pg. oder Nicht-Pg., umfassen solle und dessen Ziel die Aufrechterhaltung der deutschen Interessen im Mandatsgebiet sei. Die Erreichung dieses Zieles solle gemäß den allgemeinen politischen Weisungen der zuständigen Dienststellen in der Heimat erfolgen. Die Partei solle den Bund unterstützen und darauf achten, daß seine Politik die Genehmigung der Reichsregierung habe.

Das lärmende und provozierende Auftreten der Parteiorganisationen erregte den Unwillen der nicht-deutschen Volksgruppen. Die Gesetzgebende Körperschaft beschloß daher am 3. VIII. 33 ein Gesetz, das die Landesverwaltung ermächtigte, gegen Personen vorzugehen, die den öffentlichen Frieden störten Es erhielt erst am 12. II. 1934 die Genehmigung des Generalgouverneurs. (Criminal Law Amendment Ordinance, 1933.) Es kam zur Anwendung, nachdem Anfang Juli 1934 ein „Tag der Deutschen Jugend" in Windhoek stattgefunden hatte, bei dem der Landesgruppenleiter und der Führer der Hitlerjugend aufreizende Reden gehalten hatten. Am 12. VII. wurden die Geschäftsräume der NSDAP polizeilich

Jahrgang 1 (1953), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchsucht und Akten und Papiere beschlagnahmt. Einen Tag später wurde die Hitlerjugend verboten und ihr Führer ausgewiesen. Dasselbe Schicksal ereilte die Partei und ihren Führer am 29. X. 1934.

Die beiden Verbote waren ein Schlag ins Wasser. Die Partei setzte ihre Tätigkeit mit Unterstützung des deutschen Konsuls illegal fort. Die Hitlerjugend verwandelte sich in eine Pfadfinderjugend, nachdem sich der Deutsche Bund der Regierung gegenüber verpflichtet hatte, daß sie nicht wie die Hitlerjugend unter ausländischem Einfluß stehen und keine Politik in die Schule hineintragen würde. Dies schloß aber nicht aus, daß ihre Führer auf Reichskosten nach Deutschland geschickt und dort in Kursen ausgebildet wurden.

Die Regierung war in einer heiklen Lage. Die Vereidigung oder Verpflichtung auf das Staatsoberhaupt eines fremden Staates, die bei doppelter Staatsangehörigkeit theoretisch möglich war, warf die Frage auf, ob und wie weit sich ein Bürger der Union unter diesen Umständen seinem eigenen Lande gegenüber loyal verhalten könne. Auch daß der Deutsche Bund, die politische Organisation der zweitstärksten Volksgruppe, seine Weisungen aus dem Auslande erhielt, war unerträglich. Zwar konnte der deutsche Gesandte in Pretoria an Hand von Briefauszügen, deren Richtigkeit von der südafrikanischen Gesandtschaft in Berlin beglaubigt war, nachweisen, daß die Dienststellen in der Heimat die Deutschen in SWA vor unbedachten Schritten warnten und zur Loyalität gegen ihr Gastland anhielten. Aber die Regierung hatte unter den beschlagnahmten Papieren der NSDAP Briefe gefunden, die das Gegenteil bewiesen. Die Propaganda für eine Rückkehr SWA's ins Reich rief wirtschaftlich eine Unsicherheit hervor, die die Entwicklung des Landes hemmte, da unter den obwaltenden Umständen keine Neigung zu Kapitalinvestitionen vorhanden war.

Wenn die Regierung trotzdem sehr vorsichtig vorging und Landesverweisungen nur auf die beiden erwähnten Fälle beschränkte, so hatte dies zwei Gründe: Einmal waren die Deutschen wirtschaftlich das stärkste und fortgeschrittenste Element. Sie besaßen die größten und besten Farmen und spielten auch in Handel und Industrie eine bedeutende Rolle. Zum anderen hatten die Deutschen in Pretoria mächtige Freunde. Zu ihnen gehörten der Ministerpräsident General J. B. M. Hertzog und Oswald Pirow, Minister für Verteidigung, Handel und Industrie, Mitglied des sog. inneren Kabinetts und persönlicher Freund Hertzogs.

Hertzog hatte 1902 den Frieden von Vereeniging mit unterzeichnet, durch den die Burenrepubliken ihre Selbständigkeit verloren hatten. Er hatte daher volles Verständnis für die Lage, in die Deutschland durch den Vertrag von Versailles geraten war. Bei verschiedenen Gelegenheiten betonte er die Ungerechtigkeiten dieses Vertrages. Er sagte einen neuen Krieg voraus, wenn sie nicht beseitigt würden. Vor allem müsse Deutschland seine Kolonien zurückerhalten. SWA nahm er jedoch aus, weil sich dort bereits 18000 Südafrikaner angesiedelt hätten[4]. Er war aber bereit, im Rahmen einer Gesamtregelung der Kolonialfrage an Deutschland eine Geldent-

[4] van den Heever: General J. B. M. Hertzog. Johannesburg. 1948. S. 276.

Jahrgang 1 (1953), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schädigung von 50 Millionen Pfund zu zahlen, wenn Deutschland endgültig auf SWA verzichte[5].

Oswald Pirows Sympathien für Deutschland erklärten sich durch seine deutschstämmige Herkunft. Er hatte zudem in Deutschland studiert.

Zur Beruhigung der nichtdeutschen Bevölkerung mußte aber irgend etwas geschehen. Die Regierung erließ daher im Herbst 1936 eine Proklamation, in der sie es für unmöglich erklärte, daß Ausländer Mitglieder einer politischen Organisation wären oder würden. Der Administrator erhielt das Recht, die Mitgliedschaft von Ausländern auch in anderen Organisationen für unerwünscht zu erklären. Der Vorsitzende des Deutschen Bundes, der seit dem Besuch des deutschen Generalkonsuls 1933 mehrfach gewechselt hatte und zur Zeit ein Reichsdeutscher war, antwortete auf die Proklamation mit einem Rundschreiben, in dem er die Haltung der Regierung als unversöhnlich, ja als feindselig bezeichnete. Sie verhindere die Deutschen mit doppelter Staatsangehörigkeit, dem Führer des deutschen Volkes die Treue zu halten. Die Satzungen des Bundes würden so geändert werden, daß er in Zukunft nur noch eine kulturelle und wirtschaftliche Organisation sei. Zu einer Satzungsänderung kam es jedoch nicht mehr, weil die Regierung acht Tage später den Deutschen Bund und zwei nichtdeutsche Organisationen zu „politischen Organisationen" erklärte. Auf Weisung des Auswärtigen Amtes in Berlin löste sich daraufhin der Deutsche Bund „zur Aufrechterhaltung der deutschen Ehre" auf. An seiner Stelle wurde der Deutsche Südwest-Bund gegründet, dem nur naturalisierte Deutsche angehören durften.

Die Regierung irrte aber, wenn sie glaubte, die Entwicklung des Nationalsozialismus dadurch irgendwie gedämpft zu haben. Im Gegenteil! Die Nazi-Reichsdeutschen entfalteten nunmehr eine fieberhafte Tätigkeit, kulturelle und wirtschaftliche Organisationen ins Leben zu rufen. Das Land wurde mit einem engmaschigen Netz von „Kulturvereinen" überzogen, in die auch Nicht-Pgs aufgenommen wurden. Wirtschaftlich wurden die Deutschen in dem Verband Deutscher Berufsgruppen für SWA erfaßt. In Verbindung mit der Landwirtschaftskammer, dem Frauenbund, den Schul-, Turn- und Pfadfindervereinen wurde das Deutschtum zu einem soliden Block verschmolzen, in dem die gemäßigten Elemente durch die radikalen in den Hintergrund gedrängt wurden, die freie Meinungsäußerung so gut wie ausgeschlossen und die persönliche Haltung jedes einzelnen scharf kontrolliert wurde.

Bezeichnend für die Art des Nationalsozialismus in SWA war, daß der Antisemitismus keine besondere Rolle spielte. Obwohl zahlreiche Juden in Windhoek leben, die sich hauptsächlich mit Karakulfellhandel befassen, kamen nur zwei unbedeutende Ausschreitungen gegen Juden vor.

Mit dem Kauf der beiden deutschen Zeitungen in SWA, der „Allgemeinen Zeitung" in Windhoek und der „Swakopmunder Zeitung", die sich lange Zeit eine gewisse Selbständigkeit bewahrt hatten, war der Sieg des Nationalsozialismus vollendet. Die Swakopmunder Zeitung wurde stillgelegt. Die Allgemeine Zeitung änderte ihren Namen in „Deutscher Beobachter".

[5] Mitteilung des Herrn O. Pirow an den Verfasser.

Jahrgang 1 (1953), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Anteil der Nationalsozialisten an der Gesamtzahl der Deutschen in SWA wurde auf 80—95 Prozent geschätzt. Die letztere Zahl ist wahrscheinlicher.

Nur eine kleine Gruppe von Deutschen widerstand den Lockungen und Drohungen der Partei. Sie hatten sich zur „Volksdeutschen Gruppe" zusammengeschlossen, die etwa 400 Mitglieder umfaßte. Sie mußten damit rechnen, ihr Leben verwirkt zu haben, wenn SWA an Deutschland zurückkam.

Als sich im Frühjahr 1939 die internationale Lage immer mehr verschärfte, schickte die Regierung auf Grund von Nachrichten über einen bevorstehenden Putsch in SWA namhafte Polizeiverstärkungen in das Mandatsgebiet. Verteidigungsminister Pirow entsandte überdies Truppen und die drei Panzerwagen der Union nach Windhoek, da er Schießereien zwischen Deutschen und Polizei befürchtete, wodurch unter Umständen ein Bruch mit Deutschland hätte eintreten können[6]. Hitlers Geburtstag — der kritische Tag — verlief aber ruhig. Die Deutschen hatten in den Reichsfarben geflaggt. Umzüge mit provozierenden Reden unterblieben.

Das Verhängnis brach über das Deutschtum herein, als am 4. IX. 1939 das Unionsparlament mit 80 zu 67 Stimmen die Neutralitätserklärung des Generals Hertzog ablehnte, Hertzog daraufhin zurücktrat und die Union an Deutschland den Krieg erklärte. Soweit die Deutschen offiziell mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gestanden hatten, wurden sie verhaftet und interniert. Dabei kam es der Polizei zustatten, daß der deutsche Konsul bei seiner Abreise die vollständigen Mitgliederlisten der Partei in seinem Geschäftszimmer unzerstört zurückließ. Die britische Staatsangehörigkeit wurde den Deutschen durch Gesetz vom Jahre 1942 abgesprochen, soweit sie nicht als Freiwillige dienten oder nächste Angehörige eines Freiwilligen waren. Im Jahre 1944 wurden die Deutschen in die Heimat zurückbefördert.

Nach dem Siege der Nationalen Partei erlaubte die Regierung Malan den Deutschen die Rückkehr nach SWA und gab ihnen nach ihrer Ankunft im Lande das beschlagnahmte Eigentum zum größten Teil zurück.

Auch die deutschen Privatschulen in Windhoek, Karibib und Lüderitz wurden wieder eröffnet und erhalten seit 1950 wieder Staatszuschüsse. In den Regierungsschulen ist Deutsch wieder Unterrichtsfach.

Trotz der entgegenkommenden Haltung der Regierung Malan hat das Deutschtum den Rückschlag, den es durch den Nationalsozialismus erlitten hat, noch nicht überwunden. Die deutsche Bevölkerung hat zahlenmäßig noch nicht wieder den Stand der Vorkriegszeit erreicht. Ihr Anteil an der weißen Bevölkerung, der vor dem Kriege 40 Prozent betrug, ist auf unter ein Drittel gesunken. Dadurch ist die Erhebung des Deutschen zur dritten Landessprache, die durch die Kapstadter Vereinbarung in greifbare Nähe gerückt war, auf unabsehbare Zeit verschoben.

Die Frage, ob die Deutschen in SWA noch heute nationalsozialistisch eingestellt sind, beantwortete ein langjähriger Kenner des Landes mit folgenden Worten: „Der nationalsozialistische Traum ist in Südwest völlig ausgeträumt, nachdem man erlebt hat, daß der Nationalsozialismus seinem Wesen nach und in seiner Handlungsweise etwas völlig anderes war, als wir uns darunter gedacht hatten."

[6] Mitteilung des Herrn O. Pirow an den Verfasser.

Jährgang 1 (1953), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte